



DIE BIERPARTEI HAT UNS KEINE ANTWORTEN GESCHICKT.

<p>IST POLITIK FÜR DIE FISCH'?</p>	<p>Wie würden Sie die Organisationen der Angelfischerei bei der Erhaltung der Fischbestände und dem Schutz der Gewässer unterstützen?</p>	<p>Wie sehen Sie die Beteiligung von NGOs an Entscheidungsprozessen im Sinne des Aarhus-Abkommens im Naturschutz- bzw. Wasserrecht?</p>	<p>Wie würden Sie die dringenden notwendigen Gewässerrevitalisierungen im Sinne der EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen, insbesondere angesichts der Herausforderungen Hochwasserschutz, Flächenbedarf und Finanzierung?</p>	<p>Würden Sie uns bei der Forderung nach ausreichenden, bepflanzten Uferandstreifen (beidseitig min. 10 m) unterstützen, die vor Gewässererwärmung und Schadstoffeintrag aus der Landwirtschaft schützen?</p>	<p>Wie stehen Sie zum Neubau von Wasserkraftwerken im Allgemeinen, und zur Förderung von Kleinwasserkraftwerken im Besonderen, wenn geringe Energieausbeute massiver Naturzerstörung gegenübersteht?</p>
<p>Die Volkspartei</p>	<p>Die Angelfischerei initiiert und unterstützt oftmals Gewässerverbesserungen und leistet einen wichtigen Beitrag zur Fischbestandshege. Als Volkspartei unterstützen wir die Aktivitäten des ÖKF zum Schutz von Fischbeständen und Gewässern. +</p>	<p>In Österreich trat die Aarhus-Konvention im Jahr 2005 in Kraft. Die bereits in der Vergangenheit bestehenden Regelungen zur Öffentlichkeitsbeteiligung, beispielsweise im Wasserrechtsgesetz (WRG), wurden durch das Aarhus-Beteiligungsgesetz erweitert. Die Einbindung aller betroffenen Stakeholder, inkl. der NGOs, ist wichtig, damit Entscheidungen unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Interessen und auf breiter Zustimmung fußend, getroffen werden können. +</p>	<p>Die Verbesserung und Vernetzung von Gewässerlebensräumen ist seit 2009 ein Schwerpunkt der Nationalen Gewässerbewirtschaftungspläne. Dafür stehen Mittel aus der Umweltförderung und dem Biodiversitätsfonds bereit. Kombiniert mit einer Landesförderung kann eine Förderquote von bis zu 98 % erreicht werden. Durch integrative Planung können Hochwasserrisikomanagement und Gewässerökologie berücksichtigt und Synergien genutzt werden. „Gewässerentwicklungs- und Risikomanagementkonzepte“ werden derzeit erstellt. ~</p>	<p>Gemäß Nationalem Gewässerbewirtschaftungsplan ist die Gewährleistung einer gewässertypischen Beschattung der Gewässer als Stand der Technik anzusehen. Im Aktionsprogramm Nitrat wurde 2023 erstmalig ein verpflichtender Randstreifen von 3 Metern Breite eingeführt, der dauerhaft begrünt sein muss. Landwirtschaftliche Betriebe, die Beihilfen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik erhalten, müssen darüber hinaus an Gewässern, die den guten Zustand nicht erreichen, einen min. 5 Meter breiten dauerhaft begrüntem Pufferstreifen zu Fließgewässern und 10 Meter zu stehenden Gewässern anlegen. ~</p>	<p>Der Ausbaugrad der Wasserkraft ist in Österreich bereits relativ hoch. Trotzdem ist noch ein gewisses Potential vorhanden, um zur Erreichung der Ziele im Bereich Erneuerbare Energien beizutragen. Der Kriterienkatalog „Wasser schützen – Wasser nutzen“ sowie regionale strategische Planungen, die in mehreren Bundesländern rechtlich verbindlich verankert wurden, sollen eine ökologisch verträgliche Wasserkraftnutzung an geeigneten Standorten gewährleisten und gleichzeitig den Schutz ökologisch bedeutender Gewässerstrecken sicherstellen. ~</p>
<p>SPÖ</p>	<p>Die Organisationen der Angelfischerei leisten einen wichtigen Beitrag für Natur- und Artenschutz. Die Politik würde ihnen helfen, indem sie dafür sorgt, dass Naturräume erhalten bzw. wiederhergestellt werden. +</p>	<p>Die Beteiligung der organisierten Öffentlichkeit ist ein zentraler Bestandteil von Umweltverfahren und trägt in der Regel zu wesentlichen Verbesserungen bei Projekten im Sinne des Umweltschutzes bei. +</p>	<p>Die SPÖ fordert in ihrem Aktionsplan Renaturierung eine deutliche Aufstockung der Fördermittel für gewässerökologische Maßnahmen und hat die lange Untätigkeit der zuständigen Ministerien in der Vergangenheit kritisiert. ~</p>	<p>Uferandstreifen können einen vielfachen Nutzen liefern, insofern sind entsprechende Maßnahmen zu unterstützen. +</p>	<p>Der Schwerpunkt bei der Wasserkraft soll auf Revitalisierungen und Leistungssteigerungen bei bestehenden Anlagen liegen. +</p>
<p>Die Grünen</p>	<p>Die Grünen haben mit ihrem Einsatz für das EU-Renaturierungsgesetz gezeigt, dass sie es mit der Sicherung unserer Lebensgrundlage und Lebensräumen ernst meinen. Naturnahe Gewässer sind die Grundvoraussetzung für einen intakten, reichhaltigen Fischbestand. Das EU-Renaturierungsgesetz enthält einen eignen Abschnitt zur Renaturierung von Fließgewässern. Jetzt geht es darum, konkrete Umsetzungsmaßnahmen im nationalen Wiederherstellungsplan zu definieren. +</p>	<p>Wir stehen für breite Beteiligung im Sinne der Aarhus-Konvention. Es ist wichtig, Erfahrung und Wissen von Nutzer:innen in Entscheidungsprozesse miteinzubringen. Ihre Organisation ist Partner für den Schutz und die Wiederherstellung unserer Natur. Die Beteiligungsmöglichkeit von anerkannten Umweltorganisationen nach dem Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz (UVP-G) in konkreten Genehmigungsverfahren sollte aus unserer Sicht weiter ausgebaut werden. +</p>	<p>Gewässerrevitalisierungen sind wichtig, damit wir mit den Folgen der Klimakrise umgehen können, wie etwa Hochwasserschutz. Der Nationale Gewässerbewirtschaftungsplan, den Österreich gemäß der EU-Wasserrahmenrichtlinie regelmäßig erstellt, muss noch viel spezifischer werden. Derzeit sind Maßnahmen oft zu allgemein beschrieben. +</p>	<p>Ja. Uferbereiche und Fließgewässer sind als zusammengehörender Lebensraum zu betrachten und sollen daher möglichst naturnah gestaltet werden. Uferandstreifen dienen dem Erhalt und der Verbesserung der ökologischen Gewässerfunktion. Sie schützen die Gewässer vor dem Eintrag von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln sowie vor erosivem Bodenabtrag. Zusätzlich leisten Uferandstreifen einen positiven Beitrag für die Artenvielfalt und stellen einen wichtigen Punkt in der Biotopvernetzung dar. +</p>	<p>Bei Kleinwasserkraft übersteigen die negativen Umweltauswirkungen immer wieder die Energieausbeute. Mit dem Bürgerinitiativen-Verein BIV, finanziert von Grünen Abgeordneten, unterstützen wir auch in Rechtsverfahren. Das haben wir im Wasserrechtsverfahren zur Bewahrung der Schwarzen Sulm vor umweltzerstörerischen Wasserkraftprojekten verdeutlicht. Energiewende und Naturschutz sind kein Widerspruch, wenn der Nutzen der Einzelprojekte sorgfältig dem möglichen Schaden gegenübergestellt wird. +</p>
<p>FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI</p>	<p>Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) legt großen Wert auf den Schutz und die nachhaltige Nutzung unserer natürlichen Ressourcen, einschließlich unserer Fischbestände und Gewässer. Insbesondere anerkennen wir den Beitrag der Angelfischer zur nachhaltigen Nutzung unserer Kulturlandschaft, vom verantwortungsvollen Umgang mit Fischen und ihrer Lebensräume bis hin zur Hege der Fischbestände. Unterstützungsersuchen durch die Organisationen der Angelfischerei werden gerne geprüft. ~</p>	<p>Die FPÖ legt Wert darauf, dass die Einbindung von Umweltorganisationen konstruktiv erfolgt und zur schnellen Umsetzung von Maßnahmen beiträgt, ohne unnötige Bürokratie oder Verzögerungen zu verursachen. Im Ergebnis wollen wir den Schutz unserer natürlichen Ressourcen gewährleisten und gleichzeitig eine demokratische Entscheidungsfindung fördern. +</p>	<p>Die Zustimmung von Ministerin Gewessler zum EU-Renaturierungsgesetz, vulgo „Bauernvernichtungsgesetz“, gefährdet die Existenz unserer Landwirte und die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln. Obwohl ÖVP-Bundeskanzler Nehammer von dieser Entscheidung wusste, hat er es unterlassen, seine Ministerin aufzuhalten oder sie zur Entlassung vorzuschlagen. Stattdessen hat er tatenlos zugesehen und somit die Interessen der österreichischen Bevölkerung verraten. Im Ergebnis werden wir immer abhängiger von internationalen Agrarindustrien. Eine Entschädigung von Betroffenen ist das Mindeste. Ziel muss es sein den Beschluss rückgängig zu machen. -</p>	<p>Bepflanzte Uferandstreifen können zum Schutz der Gewässer vor Erwärmung und Schadstoffeinträgen beitragen und auch die Biodiversität sowie das Landschaftsbild positiv beeinflussen. Die Umsetzbarkeit ist im Einzelfall zu prüfen. ~</p>	<p>Die FPÖ spricht sich grundsätzlich für die Energiegewinnung mittels Wasserkraft aus, aber auch hier gilt es im konkreten Fall abzuwägen. Unser Standpunkt ist klar: Wasserkraft nur da, wo es sinnvoll ist. Das heißt, mit so wenig Auswirkungen auf Naturraum und Bevölkerung wie möglich, um den größtmöglichen Nutzen zu erzielen. Kraftwerksvorhaben im Raum Schladming/Enns lehnt die FPÖ beispielsweise ab. ~</p>
<p>neos DAS NEUE ÖSTERREICH</p>	<p>Im Bereich des Gewässerschutzes und der Umweltmaßnahmen generell gibt es durch die EU, aber auch durch Bund und Länder bereits viele Fördermöglichkeiten. Oftmals ist eher das Problem, dass Richtlinien sehr aufwändig und Anträge mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden sind, sodass viele Organisationen Anträge gar nicht stellen. Wir fordern hier als Verwaltungsvereinfachung und zur leichteren Handhabung für Fördernehmer mehr Transparenz und einen One-Stop-Shop für Förderungen des Bundes. ~</p>	<p>Es zeigt sich nach wie vor, dass es besonders auf den verschiedenen Landesebenen noch immer unterschiedliche Umsetzungsstände gibt und die Beteiligung von Umweltorganisationen in Umweltangelegenheiten mangelhaft umgesetzt wird. Dementsprechend braucht es eine Absicherung, dass das Aarhus-Abkommen endlich vollständig umgesetzt wird. +</p>	<p>Es gibt nach wie vor einige Maßnahmen zur Verbesserung der Fließgewässer, die trotz der Wasserrahmenrichtlinie nicht umgesetzt sind. Die Folgen merken wir auch bei Hochwassern und Starkregenereignissen, dementsprechend muss stärker in Schutzmechanismen investiert werden. Die Debatte über die Finanzierung von Hochwasserschutz und der genauen Umsetzung ist als Investition weitaus sinnvoller als regelmäßiger Neubau oder Sanierungsbedarf. ~</p>	<p>Ja. Natürlich können solche Forderungen nicht für jedes Gewässer genau gleich sein, sondern hängen auch stark von der Beschaffenheit des Ufers und der verfügbaren Flächen ab, aber mehr Uferandstreifen zum Schutz sowohl von Gewässern als auch vor Hochwassern können sicherlich vielfach umgesetzt werden. +</p>	<p>Der Fokus im Bereich (Klein-)Wasserkraft sollte aus unserer Sicht vor allem bei der Effizienzsteigerung bestehender Anlagen liegen, wobei sichergestellt werden muss, dass jeder Ausbau entsprechend naturverträglich und unter Einhaltung des Verschlechterungsverbots der EU-Wasserrahmenrichtlinie geschieht. So ist es nicht sinnvoll, für ein paar zusätzliche Anlagen die letzten unberührten Flusslandschaften Österreichs zu beeinträchtigen. +</p>
<p>KPO</p>	<p>Die KPÖ tritt an, um als Oppositionskraft die etablierten Parteien an ihre Wahlversprechen zu erinnern. Das betrifft auch die Angelfischerei. Wir werden dabei die Organisationen dabei anhören und einbinden, und uns gegen die Lobbys stellen, die zusammen mit der Bauindustrie und Förderungen Profite auf Kosten der Natur und der Artenvielfalt machen wollen. +</p>	<p>NGOs wie das ÖKF müssen in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, um den Natur eine Stimme zu geben. Exemplarisches Beispiel ist dabei die Audienz für den Huchen im EU-Parlament 2016. +</p>	<p>Die Grenzlinie zwischen der Steiermark und Slowenien zeigt, wie es gehen kann. Hier ist ein beispielhafter Projekt umgesetzt worden. +</p>	<p>Ja. +</p>	<p>In diesem Fall lehnen wir das ab. Sinnvoller ist z.B. die Überdachung von Supermarkt-Parkplätzen mit Photovoltaik. +</p>





DIE BIERPARTEI HAT UNS KEINE ANTWORTEN GESCHICKT.

<p>IST POLITIK FÜR DIE FISCH'?</p>	<p>Würden Sie Anpassungen an den Stand der Technik bei veralteten Kleinwasserkraftwerken behördlich vorschreiben, um sowohl ökologische Anforderungen zu erfüllen als auch die Energieausbeute zu verbessern?</p>	<p>Was halten Sie davon, unwirtschaftliche Kleinwasserkraftwerke aus den Fließgewässern durch behördliche Schritte zu entfernen bzw. solche neuen Anlagen nicht zu genehmigen?</p>	<p>Warum sind Sie für oder gegen das von der EU beschlossene Renaturierungsgesetz als solches?</p>	<p>Werden Sie sich für Maßnahmen zum Management von Prädatoren einsetzen, um dem rapiden Rückgang der Fischbestände entgegenzuwirken?</p>	<p>Würden Sie sich in der EU für eine Absenkung des Schutzstatus fischfressender Tiere einsetzen, so wie es derzeit beim Wolf diskutiert wird?</p>
<p>Die Volkspartei</p>	<p>Altanlagen müssen sukzessive modernisiert und an den Stand der Technik angepasst werden. Gerade in der Modernisierung und Optimierung von Anlagen liegt hohes Potential – sowohl für die Erhöhung der Energieerzeugung als auch für die Verbesserung der Gewässerökologie. Dafür sind entsprechende Anreize über das Erneuerbaren Ausbaugesetz vorgesehen. Auch neue Technologien wie z.B. fischfreundliche Turbinen können dazu beitragen, die negativen Auswirkungen der Wasserkraft zu minimieren. ⚡</p>	<p>Sofern der Stand der Technik (z.B. ökologischer Mindestabfluss, Durchgängigkeit) eingehalten wird, sind bestehende Kraftwerke mit dem Ziel eines guten ökologischen Zustands vereinbar. Meist lassen sich im Zuge von Modernisierungen sowohl Energieausbeute als auch ökologischer Zustand verbessern. In manchen Fällen kann auch die Entfernung einer alten Anlage sinnvoll sein. Dies bleibt jedoch einer Einzelfallentscheidung überlassen. ⚡</p>	<p>Aktuelle Projekte und nationale Maßnahmen in Österreich zeigen, dass die Verbesserung der Biodiversität auch mit weniger restriktiven Vorgaben, als es bei der Renaturierungsverordnung der Fall ist, zu erreichen ist. Zum Beispiel durch ein Anreizsystem für die Erbringung von Umweltleistungen kann die Akzeptanz erheblich erhöht und die Umsetzung verbessert werden. Daher lässt sich ein Mehrwert bzw. die Notwendigkeit zusätzlicher Anforderungen und Berichtspflichten, die sich durch die Renaturierungsverordnung ergeben, nicht erklären. ⚡</p>	<p>Die Verbesserung des Gewässerlebensraums ist wesentlich um die Resilienz der Bestände gegenüber Prädatoren zu erhöhen. Es braucht eine sachliche Diskussion, die alle Einflussfaktoren im betroffenen Gewässer berücksichtigt und eine Abwägung der Maßnahmenoptionen ermöglicht. In Österreich sind die Bundesländer in Gesetzgebung und Vollziehung für die Binnenfischerei zuständig. Beim Bund liegt die marine Fischerei, wo wir uns für die nachhaltige Nutzung der marinen Ressourcen einsetzen. ⚡</p>	<p>Die FFH-Richtlinie und ihre Anhänge bezüglich der geschützten bzw. streng geschützten Arten stammt aus dem Jahr 1992. Seitdem haben sich viele Populationen stark erholt. Bestes Beispiel dafür ist der Wolf. Im Jahr 2023 wurden in Österreich 96 Wölfe gezählt, sowie 1.128 Nutztiere Opfer des Wolfes. Der Wolf ist in Österreich somit kein gefährdetes Tier mehr und eine entsprechende Anpassung und Herabsetzung des strengen Schutzstatus notwendig. Wichtig ist, dass Anpassungen eines Schutzstatus von Arten unter Berücksichtigung verlässlicher Daten vorgenommen werden. ⚡</p>
<p>SPÖ</p>	<p>Es wäre tatsächlich sinnvoll, wenn möglichst rasch alle Anlagen den ökologischen Herausforderungen gerecht werden. ⚡</p>	<p>Sollten Anlagen auf Grund von Unwirtschaftlichkeit stillgelegt werden, wäre tatsächlich ein Rückbau anzudenken. ⚡</p>	<p>Die SPÖ hat sich vehement für eine Unterstützung der Renaturierungsverordnung stark gemacht, weil es eine wichtige Grundlage für den Schutz, und dort wo notwendig, auch für die Wiederherstellung unserer wichtigen Naturräume darstellt. Intakte Naturräume ermöglichen biologische Vielfalt, unterstützen im Kampf gegen die Erderhitzung und ihre Folgen und sichern langfristig unsere Ernährung. ⚡</p>	<p>Bereits jetzt ist es möglich, punktuell und zielgerichtet Maßnahmen zu setzen, pauschalen Abschussfreigaben stehen wir kritisch gegenüber. ⚡</p>	<p>Eine allfällige Änderung des Schutzstatus kann erst nach einer detaillierten wissenschaftlichen Untersuchung des Erhaltungszustandes der jeweiligen Art erfolgen. Beim Wolf hat der Europäische Gerichtshof jüngst auf dieses zentrale Kriterium hingewiesen. ⚡</p>
<p>DIE GRÜNEN GRUENE.AT</p>	<p>Für die Modernisierung zwecks Verbesserung der Energieausbeute gibt es Förderungen, die noch mehr in Anspruch genommen werden sollten. Anpassungen bei veralteten Kleinwasserkraftwerken, wie etwa Fischaufstiegshilfen gemäß Wasserrechtsgesetz könnten auch behördlich vorgeschrieben werden und sollten viel häufiger vorgenommen werden, als das bis jetzt der Fall ist. Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der Förderprogramme für derartige Maßnahmen ein. ⚡</p>	<p>Im EU-Renaturierungsgesetz wird ein Schwerpunkt auf die Entfernung von Querbauwerken gesetzt, die keine Funktion mehr erfüllen. Und was Ausbauten betrifft: Nicht nur Megaprojekte wie der geplante Ausbau des Kraftwerks Kaunertal in Tirol bergen die Gefahr massiver Umweltschäden. Auch ein Ausbau der Kleinwasserkraft muss sehr behutsam und naturverträglich erfolgen. Bestehende Kraftwerke sollten im Rahmen eines intelligenten „Repowering“ naturverträglicher und effizienter gemacht werden. ⚡</p>	<p>Das „Ja“ von Leonore Gewessler zum Renaturierungsgesetz war ein „Ja“ zu sauberem Wasser, grünen Wiesen und Wäldern und sauberer Luft. Derzeit sind in Europa 81 Prozent der geschützten Lebensräume in einem schlechten oder sehr schlechten Zustand. Das kommt vorwiegend von zu hohem Flächenverbrauch und der Zerstörung unserer schönen Natur. Wir müssen jetzt daran arbeiten und unsere Lebensgrundlage schützen. ⚡</p>	<p>Tatsächlich ist eine Vielzahl von Ursachen für den Rückgang von Fischbeständen ausschlaggebend. Dazu gehören strukturarme und verbaute Fließgewässer, Wanderhindernisse, Nährstoffeinträge, Stauraumpülungen und weiteres. Fressfeinde wie der Fischotter spielen beim bisher beobachteten Rückgang nahezu keine Rolle. Das ergibt eine Auswertung der offiziellen Daten des österreichischen Artikel-17-Berichtes an die EU entsprechend den Vorgaben der Flora-Fauna-Habitats Richtlinie. ⚡</p>	<p>Wir setzen uns für eine gesamtheitliche Förderung der Fließgewässer, ihrer Ufer- und Begleitzone sowie ihrer natürlichen Flora und Fauna ein. Vielfalt in den Gewässern bedeutet nicht nur Nutzfische. Maßnahmen gegen Prädatoren umfassen Schutzmaßnahmen für Fischzuchtanlagen, in Einzelfällen sind entsprechend den Bestimmungen der Flora-Fauna-Habitats-Richtlinie der EU-Entnahmen möglich. In der alpinen biogeografischen Region stellt der Fischotter jedoch keine wesentliche Belastung dar. ⚡</p>
<p>FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI</p>	<p>Der freiheitliche Zugang ist es, statt auf bürokratische behördliche Vorgaben auf Förderprogramme und Anreize zu setzen, um die Betreiber bei der Umsetzung dieser Modernisierungen zu unterstützen. ⚡</p>	<p>Die Wirtschaftlichkeit von Kleinwasserkraftwerken ist von Projektwerbern in ihren Kalkulationen zu berücksichtigen. Eine Entfernung bestehender Anlagen ohne Zustimmung des Eigentümers oder politische Intervention bei laufenden Behördenverfahren lehnen wir ab. ⚡</p>	<p>Die FPÖ unterstützt grundsätzlich Maßnahmen zur Renaturierung und zum Schutz der natürlichen Umwelt. Die Zustimmung von Ministerin Gewessler zum EU-Renaturierungsgesetz gefährdet jedoch den Fortbestand unserer Kulturlandschaft und die Versorgungssicherheit mit heimischen Lebensmitteln. Obwohl ÖVP-Bundeskanzler Nehammer von dieser Entscheidung wusste, hat er es unterlassen, seine Ministerin aufzuhalten oder sie zur Entlassung vorzuschlagen. Stattdessen hat er tatenlos zugesehen und somit die Interessen der österreichischen Bevölkerung verraten. Im Ergebnis werden wir immer abhängiger von internationalen Agrarindustrien. Eine Entschädigung von Betroffenen ist das Mindeste. Ziel muss es sein den Beschluss rückgängig zu machen. ⚡</p>	<p>Wir erkennen an, dass ein ausgewogenes Ökosystem entscheidend ist, und teilen den Standpunkt, dass übermäßige Bestände von fischfressenden Tieren reguliert werden müssen. ⚡</p>	<p>Die FPÖ setzt sich für eine Herabsenkung des Schutzstatus des Wolfes gemäß FFH-Richtlinie ein, um unsere heimische Kulturlandschaft zu erhalten. Gleichmaßen müssen übermäßige Bestände von fischfressenden Tieren reguliert werden, um ein Kippen des Ökosystems zu verhindern. ⚡</p>
<p>neos DAS NEUE ÖSTERREICH</p>	<p>Als liberale Partei setzen wir stets mehr auf Anreize als auf Auflagen und sehen auch, das Förderprogramme zum Ausbau bzw. Sanierung gut angenommen werden. Gemessen am geringen Potenzial, das überhaupt noch durch neue Kleinwasserkraftwerke erschlossen werden könnte, haben die Verbesserungen von ökologischen Rahmenbedingungen und Energieproduktion dementsprechend eine hohe Priorität. ⚡</p>	<p>Aufgrund der höheren Auflagen für neue Kleinwasserkraftwerke sollte es mittlerweile so gut wie unmöglich sein, ein nicht rentables Kraftwerk mit negativen Folgen zu errichten und das ist gut so. Bei unwirtschaftlichen, bestehenden Kleinwasserkraftwerken ist es aber natürlich schwierig, in die Autonomie von Besitzer:innen einzugreifen – wiewohl hier bei ungenutzten Anlagen über beispielsweise Renaturierungsbemühungen sicher neue Hebel entstehen, um derartige Anlagen rückbauen zu können. ⚡</p>	<p>Wir unterstützen das Renaturierungsgesetz in seiner grundlegenden Zielsetzung. Gleichzeitig verstehen wir die Sorge der Landwirte und fordern daher eine konstruktive Umsetzung der Mitgliedsstaaten, um unnötige bürokratische Hürden zu vermeiden und die praktische Umsetzbarkeit zu gewährleisten. Ebenso muss bei der Umsetzung sichergestellt werden, dass kein Eingriff in privates Eigentum erfolgt und der Ausbau von erneuerbaren Energien nicht entschleunigt wird. ⚡</p>	<p>Aktuelle Untersuchungsergebnisse zeigen, dass in unserer Kulturlandschaft auch heute natürliche Regulationsmechanismen wirken. Zusätzlich sollte man ein adaptives Management einführen, bei dem regelmäßig überprüft wird, wie sich Vogel- und Fischpopulationen entwickeln, und die Maßnahmen entsprechend angepasst werden. In der Teichwirtschaft sollten Prävention und Schadensabgeltung Vorrang haben, und ein Eingriff in die Population sollte nur als letzte Option in Betracht gezogen werden. ⚡</p>	<p>Für den Fischotter und Vogelarten wie Kormorane, Seeadler oder Graureiher ist ein eigenes Management erforderlich, insbesondere um Konflikte mit Fischbeständen zu adressieren. Gewässerschutz und Ufersanierung sind essenziell, um derartige Konflikte zu lösen. Statt einer generellen Aufweichung der bestehenden Schutzregeln sollten zielsetzende, lokal begrenzte Maßnahmen zur Bestandskontrolle in besonders betroffenen Gebieten erwogen werden. ⚡</p>
<p>KPO</p>	<p>Effizienz bei Kraftwerken ist wichtig, aber auch Fischaufstiegshilfen sollen State of the Art sein. Bei kleinen Kraftwerksbetreiber:innen muss es dann entsprechende Förderungen geben. ⚡</p>	<p>Das unterstützen wir. Die KPÖ war aktiv engagiert bei Rettet die Mur in Graz oder gegen das Kraftwerk an der Schwarzen Sulm. ⚡</p>	<p>Wir sind jedenfalls für Renaturierung der Flüsse als wertvolle Kulturlandschaften. Das kann auch zum Hochwasserschutz beitragen, der immer wichtiger werden wird (siehe Sturzfluten dieses Jahr). ⚡</p>	<p>Das Hauptproblem sind Kraftwerke und Verbauung. ⚡</p>	<p>Wir sprechen uns stattdessen für mehr Förderungen von Schutzzäunen u.ä. bei Fischteichen aus. ⚡</p>